

# Regierung gibt Tarif durch



«Zwangsmitgliedschaft» bei der PVS? Die Regierung will die Eigner- und Beteiligungsstrategien von vier staatlichen Betrieben dahingehend abändern, dass die betriebliche Vorsorge durch Anschluss an die Pensionsversicherung für das Staatspersonal zu erfolgen hat.

Bild Daniel Ospelt

**Darf und soll die Regierung den Anschluss an die staatliche Pensionskasse per Eignerstrategie verordnen? Die Frage ist umstritten, muss aber nun geklärt werden. Denn ein entsprechender Bericht und Antrag wurde gestern an den Landtag verabschiedet.**

Von Desirée Vogt

*Vaduz.* – Der geplante Schritt der AHV zum Ausstieg aus der staatlichen Pensionskasse hat die Regierung zu einem drastischen Schritt veranlasst. Sie tut alles, um die PVS, die nach und nach mehr Mitglieder verliert, zu retten. Bereits am vergangenen Mittwoch angekündigt, hat sie gestern offenbar beschlossen, die Beteiligungs- und Eignerstrategien der Gasversor-

gung, der AHV/IV/FAK, der LKW und der Post AG insofern abzuändern, als dass die betriebliche Vorsorge dieser Unternehmen bei der Pensionsversicherung für das Staatspersonal zu erfolgen hat. Erwartet wird dies übrigens auch von der Telecom Liechtenstein AG, obwohl hier noch keine Beteiligungsstrategie vorliegt.

#### **Kontroverse Diskussion erwartet**

Es ist davon auszugehen, dass diese Thematik noch in der kommenden Woche im Landtag behandelt bzw. das Traktandum noch zusätzlich auf die Liste genommen wird. Ebenso ist davon auszugehen, dass die Frage, ob sich die Regierung mittels Beteiligungs- und Eignerstrategie in die operativen Geschäfte eines Unternehmens einmischen darf, kontrovers diskutiert werden dürfte. Dies zeigte sich bereits im Rahmen der Diskussion um die Schliessung der LLB-Filialen. Der

AHV-Verwaltungsrat vertritt diesbezüglich jedenfalls eine klare Meinung: «Weder Gesetz noch die geltende Eignerstrategie sieht einen Eingriff der Regierung in die operativen Geschäfte vor», wies er die Regierung bereits mit Schreiben vom 26. Juli darauf hin. Es sei rechtlich auch nicht vorgesehen, dass ein Entscheid bezüglich des weiteren Vorgehens in Sachen PVS vorgängig mit der Regierung abzusprechen sei. In erster Linie sei die soziale Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern massgebend.

#### **Zwei weitere Gemeinden weg**

Während die vorgenannten Betriebe sich also noch gedulden müssen, bis klar ist, was nun rechtens ist und was nicht, wurde gestern bekannt, dass mit Schellenberg und Gamprin nach Ruggell zwei weitere Gemeinden das sinkende «PVS-Schiff» verlassen werden.

SEITE 3